

Leitfaden für Berufungsverfahren

(Beschluss des Senats vom 21.12.2005)

Die Otto-von-Guericke-Universität erhebt den Anspruch auf das Recht, die Berufungen selbstständig vorzunehmen, wie es bereits in einigen Bundesländern (Saarland, Hessen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen) möglich ist. Allerdings bedarf dies einer Änderung des Landeshochschulgesetzes in der Fassung vom 05.05.2004. Die Otto-von-Guericke-Universität unterstützt diesen Anspruch mit Verfahrensregeln, die transparente Berufungsverfahren sichern und die Berufung der besten für den Standort zu gewinnenden Bewerberinnen und Bewerber ermöglichen. Das Rektorat wird diese Forderung in den Zielvereinbarungen verankern.

1. Bei zukünftigen Berufungsverfahren wird wie bisher die Notwendigkeit der Stellenbesetzung sowie die Beibehaltung oder aber Änderung der bisherigen Denomination nach Maßgabe des Lehrbedarfs und des Forschungsprofils geprüft. Ferner wird die Beibehaltung oder Änderung des W3- oder W2-Status bzw. ggf. die Ausschreibung einer Juniorprofessur erwogen. Der Dekan/die Dekanin erörtert vor der Ausschreibung mit dem Rektorat die finanziellen Spielräume im Rahmen der W-Besoldung. Dabei ist auch die Möglichkeit einer befristeten Anstellung zu prüfen.
2. Die Zusammensetzung der Berufungskommission wird dem Rektorat frühzeitig bekannt gegeben. In der Regel wird das Rektorat dem Senat die Benennung eines Berichterstatters vorschlagen. Dieser berichtet in regelmäßigen Abständen dem Rektorat, auf dessen Aufforderung in gravierenden Fällen auch dem Senat. Der/die Vorsitzende der Berufungskommission und der Dekan/die Dekanin bemühen sich um einen zügigen Ablauf des Verfahrens.
3. Die Berufungskommission erarbeitet den Berufungsvorschlag auf der Grundlage der Auswertung der Bewerbungsunterlagen und der persönlichen Vorstellung (Fachvortrag, Diskussion des Fachvortrages, ausführliches Vorstellungsgespräch). Dabei ist die Lehrbefähigung gründlich zu prüfen. Wenn dies zur Abrundung des Gesamteindrucks erforderlich erscheint, sollen Informationen über die bisherige Tätigkeit des Bewerbers eingeholt werden. Dekan und Rektor sollten frühzeitig mit dem/der Erstplatzierten bekannt gemacht werden.
4. Die Professorenstellen sollen so ausgeschrieben werden, dass Interessenten international auf die Ausschreibung aufmerksam gemacht werden. Grundsätzlich soll, von den üblichen Publikationsorganen abgesehen, zielgruppenorientiert ausgeschrieben werden.
5. In der Regel soll mindestens ein vergleichendes Gutachten über die Listenkandidaten eingeholt werden, wobei auf § 36, Abs. 5, HSG LSA hingewiesen wird. Der Verzicht auf ein solches vergleichendes Gutachten bedarf der Begründung; Dekan und Rektorat sind davon zu informieren. Das gilt auch für die Auswahl der Gutachter. Der Dekan ist, sofern er nicht der Berufungskommission angehört, darüber ebenso wie über die Auswahl der Gutachter zu informieren. Dieser informiert, soweit dies geboten erscheint, den Rektor.
6. Juniorprofessoren können in einem abgekürzten Verfahren ohne Ausschreibung auf eine W2- oder W3-Professur nur dann berufen werden, wenn sie von außen auf die Juniorprofessur berufen worden sind. Näheres dazu ist der Grundordnung der Otto-von-Guericke-Universität vom 29.09. 2004, § 18, zu entnehmen.
7. Entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates sollte auf der Homepage der Otto-von-Guericke-Universität über das Berufungsverfahren informiert werden, soweit es sich hier nicht um vertrauliche und schutzwürdige Gegenstände handelt. Die nicht berücksichtigten Bewerber sollten frühzeitig informiert werden.